

Mehrdad Mostofizadeh MdL

Fraktionsvorsitzender

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel.: +49 (211) 884 - 2037
Fax: +49 (211) 884 - 3503
Mehrdad.mostofizadeh@landtag.nrw.de

Düsseldorf, den 18. April 2017/mm-jh

Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Heinrich,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 09.04.2017.

Gerne beantworte ich Ihnen alle Fragen.

1. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“

a) Wie steht Ihre Partei zu dem auch in der Landesverfassung NRW verankerten Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“?

GRÜNE setzen sich grundsätzlich dafür ein, dass gleichwertige Tätigkeiten auch gleichwertig bezahlt werden. Wir geben Ihnen Recht, dass besonders an unseren Schulen zwischen verbeamteten Lehrkräften und Tarifbeschäftigten bedauernswerterweise noch immer Ungerechtigkeiten bestehen. Um für mehr Gerechtigkeit in den Lehrerzimmern zu sorgen, aber auch um den Lehrberuf als solchen insbesondere für Nachwuchskräfte attraktiv zu halten, möchten wir uns dafür einsetzen, dass bestehende Benachteiligungen zielgenau angegangen und tarifvertraglich abgebaut werden.

b) In welcher Form wollen Sie diesem Grundsatz gerecht werden und die Zweiklassen-Gesellschaft in allen Lehrerzimmern in NRW beseitigen?

Wir GRÜNEN sind der Überzeugung, dass jede Lehrerin und jeder Lehrer in ihrer tagtäglichen Arbeit wertvolles leisten. Daher setzen wir uns dafür ein, dass alle Lehrerinnen und Lehrer unabhängig von der Schulform bezahlt werden. Als besonders dringliches Handlungsfeld sehen wir dabei die Grundschulen, da hier Lehrkräfte noch immer schlechter bezahlt werden, als dies an weiterführenden Schulen der Fall ist. Was früher mit kürzeren Studienzeiten begründet wurde, gilt schon länger nicht mehr. Diese Ungerechtigkeit möchten wir ändern und Grundschullehrerinnen und –lehrer künftig besser bezahlen. Die Übernahme von Schulleitungsaufgaben an Grundschulen haben wir bereits attraktiver gemacht. So werden seit dem 01.01. dieses Jahres Schulleiterinnen und –leiter um eine Besoldungsstufe besser bezahlt. Wir GRÜNE möchten aber auch eine Anhebung der Bezahlung für Konrektorinnen und –rektoren und allen Grundschullehrkräften insgesamt erwirken. Darüber hinaus werden wir auf eine Angleichung der Bezahlung der Lehrkräfte in der Sekundarstufe I dringen.

Das gilt dann selbstverständlich für beamtete und angestellte Lehrkräfte gleichermaßen.

2. Das Zwei-Säulen-Modell der SchaLL.NRW ermöglicht den Wegfall des Einstellungshöchalters für die Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Probe

a) Wie beurteilen Sie das Zwei-Säulen-Modell zur Finanzierung der Aufhebung der Höchstaltersgrenze zur Verbeamtung?

Wie auch das von SchaLL anlässlich der Anhörung zum Personalhaushalt dem Landtag übersandte Gutachten zur Aufhebung von Höchstaltersgrenzen feststellt, wurde die Zulässigkeit von Höchstaltersgrenzen für die Einstellung in ein Beamtenverhältnis auf Probe vom Bundesverwaltungs-, wie auch vom Bundesverfassungsgericht bestätigt.

GRÜNE stehen allerdings auch für einen attraktiven Öffentlichen Dienst, den wir familienfreundlich und zeitgemäß weiterentwickeln wollen. Dazu gehört, den Öffentlichen Dienst an bestehende gesellschaftliche Realitäten anzupassen: Erwerbsbiographien werden immer vielfältiger und Menschen verändern zunehmend häufiger ihren Wohnort. Wir möchten das geltende Dienstrecht daher verstärkt für Quereinsteigerinnen und –einsteiger öffnen und somit auch vergleichsweise späte Karrieren im Öffentlichen Dienst fördern. Zudem wollen wir Dienstherrnwechsel erleichtern und in diesem Zusammenhang vor allem für Ortswechsel nach NRW werben, um auch zukünftig ausreichend qualifizierte Lehrkräfte für unsere Schulen zu gewinnen. Zu einer Flexibilisierung des Dienst- und Laufbahnrechtes gehört somit auch die Revidierung der geltenden Höchstaltersgrenzen. Modelle, wie das von ihnen vorgeschlagene Zwei-Säulen-Modell, sind für uns dabei interessante Ansätze, welche wir in unsere Überlegungen zur Reform des Dienstrechts mit einbeziehen werden.

b) Ist Ihre Partei bereit, die Umsetzung dieses Zwei-Säulen-Modells in den Koalitionsvertrag aufzunehmen und sich in der kommenden Legislaturperiode ernsthaft dafür einzusetzen, die Altersdiskriminierung der Lehrerinnen und Lehrer durch die Aufhebung der Höchstaltersgrenze zur Verbeamtung zu beseitigen?

Wie oben beschrieben, fordern wir GRÜNE eine Flexibilisierung des Dienst- und Laufbahnrechtes, um den Öffentlichen Dienst zukunftsfest zu modernisieren. In diesem Zusammenhang möchten wir prüfen, welche Maßnahmen sich für die Öffnung des Öffentlichen Dienstes für Quereinsteigerinnen und -steiger eignen. Wir streben an, dieses Ansinnen in einem Koalitionsvertrag mit GRÜNER Beteiligung aufzunehmen.

3. Zulage in Form einer freiwilligen Leistung für tarifbeschäftigte Lehrkräfte

a) Ist Ihre Partei bereit, den 40.000 angestellten Lehrkräften in NRW solange ein Zulage in Form einer freiwilligen Leistung zu zahlen, bis die gravierenden Unterschiede in der Bezahlung im Vergleich zu den Beamten tarifpolitisch beseitigt sind.

Wie eingangs beschrieben, streben wir GRÜNE, wie es auch SchaLL tut, eine tarifliche Abschmelzung der Unterschiede in der Bezahlung von angestellten und verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern an. Eine Brückenlösung erachten wir dabei jedoch nicht als zielführend, da wir Gehälter als Ergebnisse des wichtigen Aushandlungsprozesses zwischen den Tarifparteien verstehen und Vorgriffe bzw. Eingriffe in ebendiesen ablehnen.

4. Pro-aktiver Einsatz des Landes NRW in der TdL für einen Gleichstellungs-Tarifvertrag zur Beseitigung der Nettolohndiskriminierung

a) Ist Ihre Partei bereit, sich dafür einzusetzen, dass das Land NRW in der TdL pro-aktiv darauf Einfluss nimmt, einen Gleichstellungs-Tarifvertrag auszuhandeln, der eine Entgeltordnung enthält, die die skandalöse Nettolohndiskriminierung von ca. 500 Euro pro Monat beseitigt?

GRÜNE verstehen sich als Partner der angestellten Lehrerinnen und Lehrer und sind bereit für die Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei der Bezahlung von Lehrkräften einzutreten. Dennoch obliegen tarifliche Lösungen dem Aushandlungsprozess der Tarifparteien. Ihre Ergebnisse können daher nicht vorweggenommen werden.

5. Wiedereinführung der beamtengleichen Bruttogesamtversorgung für Lehrkräfte im Rentenalter

a) Ist Ihre Partei bereit, für angestellte Lehrkräfte die Wiedereinführung der beamtengleichen Bruttogesamtversorgung im Rentenalter umzusetzen?

Wir GRÜNE wissen um die Bedeutung der angestellten Lehrerinnen und Lehrer für unsere Schulen und unser Gemeinwesen. Dementsprechend möchten wir auch handeln.

Durch die günstige Steuereinnahmesituation und Zinslage, aber auch durch umfassende Konsolidierungsmaßnahmen, ist es gelungen, die Neuverschuldung seit Regierungsübernahme um 6,8 Milliarden Euro absenken konnten. Gleichzeitig haben wir jedoch, obwohl wir der grundgesetzlich festgeschriebenen Schuldenbremse verpflichtet sind, weiter in Zukunftsbereiche investiert und viele neue Stellen geschaffen, wir haben mit einer Dienstrechtsreform den Öffentlichen Dienst gestärkt und Schluss gemacht mit der Stellenkürzungspolitik von Schwarz-Gelb. Zwar konnten wir 2016 einen Haushaltsüberschuss in Höhe von etwa 200 Mio. Euro erwirtschaften und erstmalig Schulden tilgen, doch ist der Haushaltsüberschuss bisher kein struktureller und es bestehen immer noch Haushaltsrisiken. Dazu gehören auch die stetig anwachsenden Versorgungsausgaben des Landes. Wir möchten daher um Verständnis werben, dass wir Verbesserungen der Stellung angestellter Lehrkräfte entschlossen anstreben, aber hier jetzt keine Versprechungen machen können, die dann so nicht einzuhalten sind.

6. Wiedereinführung der Altersteilzeit für tarifbeschäftigte Lehrkräfte

a) Ist Ihre Partei bereit, die Wiedereinführung der Altersteilzeit für tarifbeschäftigte Lehrkräfte zu den Konditionen von 2009 auf den Weg zu bringen?

Mit der im Sommer 2016 verabschiedeten Dienstrechtsreform hat NRW unter GRÜNER Regierungsbeteiligung die bestehenden Altersteilzeitregelungen entfristet, während viele Bundesländer sie gänzlich abgeschafft haben. Ziel von uns GRÜNEN bleibt es, ein Dienstrecht zu schaffen, das allen Beschäftigten ermöglicht ihre Arbeitszeit den eigenen Lebensumständen noch flexibler anpassen zu können. Hierzu gehört es ebenso Kindererziehungs- und Pflegezeiten in Anspruch zu nehmen, als auch die Freiheit ein Sabbatical einlegen zu können oder die Möglichkeit die Arbeitszeit im Alter den eigenen Möglichkeiten anzupassen. Bei einer erneuten Reform des Dienstrechts, werden wir auch die bestehenden Altersteilzeitregelungen auf den Prüfstand stellen. Unser Ziel ist es, auch für angestellte Lehrkräfte eine attraktive Altersteilzeitregelung zu erreichen.

7. „Große Dienstrechtsreform“

a) Wie sollte eine veritable große Dienstrechtsreform – nach der Vorstellung Ihrer Partei – die Ungleichbehandlung von beamteten und tarifbeschäftigten Lehrer*innen (bezogen auf das verfügbare Netto-Einkommen und die soziale Absicherung bis hin zum Pensions-/Rentenalter) konkret beseitigen?

Oben Beschriebenes gilt auch für die Beantwortung dieser Frage. GRÜNE werden sich für eine tarifliche Abschmelzung der bestehenden Ungleichgewichte zwischen verbeamteten und angestellten Lehrerinnen und Lehrern einsetzen.

Darüber hinaus gelten die Bemühungen allen Tarifbeschäftigten in Bezug auf viele Aspekte.

Wir wollen einen attraktiven Öffentlichen Dienst. So steht der Öffentliche Dienst für einen sicheren Arbeitsplatz, an dem sich Familie und Beruf vergleichsweise gut vereinbaren lassen. Diese Vorzüge möchten wir mit einer erneuten Reform des Dienstrechtes noch weiter ausbauen. So zielen wir, wie ebenfalls bereits beschrieben, darauf ab, die Handhabung der bestehenden Arbeitszeitregelungen weiter zu flexibilisieren. Wir möchten den Öffentlichen Dienst für Quereinsteiger*innen öffnen und Dienstherrenwechsel erleichtern. Auch an die bereits eingeleiteten Maßnahmen für eine zügigere Besetzung offener Stellen möchten wir anknüpfen, so dass vorhandene Stellen zukünftig schneller besetzt werden und die Beschäftigten an den Schulen weiter entlastet werden können. Hierzu gehören auch eine verbesserte Nachwuchswerbung und eine Aufbesserung des Images des Öffentlichen Dienstes als solchen. Alles in allem möchten wir Hemmnisse abbauen, welche in Teilzeit tätige Frauen bei ihrer beruflichen Entwicklung erfahren. Zudem wird unsere Gesellschaft vielfältiger. Das soll sich auch im Öffentlichen Dienst abbilden. Daher möchten wir GRÜNE die interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes fördern. Das schließt sowohl die Vermittlung interkultureller Kompetenzen an die Beschäftigten ein, als auch die zielgenaue Ansprache und Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund.

8. Gründe, Ihre Partei als tarifbeschäftigte Lehrkraft zu wählen

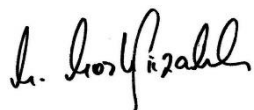
a) Warum sollte eine tarifbeschäftigte Lehrerin/ein tarifbeschäftigter Lehrer in NRW Ihre Partei wählen?

GRÜNE sind die fortschrittliche Kraft in unserem Land. Seit unseren Gründungstagen stehen wir für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Politik, die auf Investitionen im Bildungs- und Kulturbereich, auf den Ausbau sozialer Teilhabe und den Schutz unserer natürlichen Ressourcen setzt. Wir haben NRW seit unserem Regierungsantritt grüner, sozialer und gerechter gemacht. Nordrhein-Westfalen ist auch durch uns ein buntes, lebenswertes und starkes Land, das wir auch in Zukunft gemeinsam mit Ihnen gestalten wollen! Seit unserem Regierungsantritt in 2010 stellen wir das im Bildungsbereich unter Beweis. Allein der Schulbereich konnte um mehr als 3,8 Mrd. € aufgestockt werden. Dieser Bereich ist dabei für uns von herausragender Bedeutung. Im Sinne der Beschäftigten möchten wir an den Schulen daher für weiter bessere Arbeitsbedingungen sorgen und für die Schülerinnen und Schüler in NRW die Qualität des Unterrichts sichern.

Während die Planung von Schwarz-Gelb vorsah, insgesamt 10.000 Lehrstellen zu streichen, wurden diese unter GRÜNER Regierungsbeteiligung erhalten, zudem Stellen, die vorher nicht im Haushalt ausfinanziert waren gesichert und zusätzlich mehr als 8.000 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Inzwischen werden Stellen fortlaufend nachbesetzt, während dies früher nur zweimal im Jahr erfolgte. Weiterhin haben wir die durch Schwarz-Gelb vorgesehenen Kürzungen bei den Lehramtsanwärterinnen und –anwärtern rückgängig gemacht, um die Besetzungssituation nicht zu verschärfen. Auch in Bezug auf die Auswirkungen der veränderten Ausbildungsdauer für Grundschullehrerinnen und –lehrer, durch die zeitweise weniger Anwärterinnen und Anwärter ihre Ausbildung abschließen, hatte Schwarz-Gelb keinerlei Vorsorge getroffen. So eine resignierende Politik wird es mit uns nicht geben! Wir möchten in der kommenden Legislaturperiode dafür Sorge tragen, Lehrerinnen und Lehrer weiter zu entlasten und die Besetzungssituation auch vor dem Hintergrund stärkerer Zuwanderung stetig zu verbessern. Wir möchten den erfolgten Stellenausbau nicht nur sichern, sondern auch konsequent fortsetzen. Zusätzlich sollen allen Lehrerinnen und Lehrern die umfänglichen Verbesserungen im Dienstrecht zu Gute kommen. An diese möchten wir anknüpfen und den Öffentlichen Dienst gemeinsam mit Ihnen zukunftsfest modernisieren. Dass es auf unserem Weg auch viele Herausforderungen zu bewältigen gilt, ist nur logisch. Diesen werden wir uns jedoch stellen und im Dialog mit Ihnen zügig und zielgenau zukunftsorientierte Lösungen anbieten.

Bei weiten Fragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Mehrdad Mostofizadeh